



Chart of the Week: 1. Quartal 2021

Daten und Fakten interaktiv visualisiert

02.06.2021, 11:35



© ADOBESTOCK/WKÖ

Private Einkommen zuletzt gestiegen

Die Einkommen der privaten Haushalte in Österreich sowie in den OECD-Ländern insgesamt sind im 3. Quartal 2020 (zuletzt verfügbare Daten) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen, während das BIP im gleichen Zeitraum gesunken ist. Zu verdanken ist dies diversen COVID-Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand für Arbeitnehmer und Unternehmen. Diese Maßnahmen haben - v.a. über Kurzarbeit, diverse Transferleistungen und eine Einkommensteuersenkung - dazu beigetragen, das Einkommen vieler Menschen aufrechtzuerhalten und die Folgen von Arbeitsplatzverlusten zu reduzieren.

Die umfassenden staatlichen Unterstützungsmaßnahmen haben dazu geführt, dass Haushalte in ihrem materiellen Lebensstandard grundsätzlich kaum eingeschränkt waren. Nun muss ein wirtschaftliches Comeback, die Überlebensfähigkeit von Unternehmen und die Ankurbelung des Konsums im Vordergrund stehen, damit Beschäftigung und Wohlstand erhalten werden können.

China holt bei IKT-Patenten rasant auf

Innovation und damit auch Forschung und Entwicklung (F&E) sind im globalen Wettbewerb erfolgsentscheidend, um Wachstum, Arbeitsplätze und damit Wohlstand zu schaffen. Doch trotz der relativ hohen Ausgaben für F&E und der steigenden Anzahl an Patentanmeldungen in unserem Land, laufen Österreich und Europa Gefahr, bei neuen Technologien und Innovationen gegenüber den USA und Asien zurückzufallen. Der aktuelle Global Competitiveness Report argumentiert, dass nur fünf Länder rund 75% der weltweiten Patentaktivitäten hervorbringen. Die größten Innovatoren sind die USA, China und Japan. Dabei hat China seit 2005 v.a. im Bereich der IKT-Patente (Informations- & Kommunikationstechnologien) rasant aufgeholt und 2015 die USA als das Land mit den meisten IKT-Patenten überholt. Deutschland liegt als führendes EU-Land an 5. Stelle weltweit, Österreich an 23. Stelle.

Innovationen sind maßgeblich um die Wirtschaft positiv zu gestalten und den Standort zu stärken. Österreich und Europa müssen zurück auf die Innovations-Überholspur. Damit das gelingt, braucht es ein neues, breiteres Innovationsverständnis und die richtigen Rahmenbedingungen für Unternehmen.

[Zur Analyse](#)

Wettlauf mit der Zeit: Impftempo entscheidend

Der aktuelle Wirtschaftsausblick der OECD zeigt, dass sich die wirtschaftlichen Aussichten in den letzten Monaten verbessert haben und Ende 2020 klare Anzeichen einer Belebung von Warenhandel und Industrieproduktion zu erkennen waren. Dementsprechend hat die OECD ihre Prognosen für das globale BIP-Wachstum 2021 gegenüber Dezember um über einen Prozentpunkt auf 5,6% nach oben korrigiert.

Die globale Konjunkturerholung hängt aber entscheidend davon ab, dass weltweit schneller geimpft wird. Im Fall einer schnelleren und besser koordinierten Herstellung und Verteilung von Impfstoffen wäre mit einer kräftigeren wirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Die Impfstoffproduktion und -verteilung zu beschleunigen ist momentan das beste wirtschaftspolitische Instrument, um Konjunktur und Beschäftigungswachstum anzukurbeln.

[Zur Analyse](#)

Österreichs Frauen sind top ausgebildet

In den letzten Jahrzehnten haben Frauen im Bereich Bildung und Arbeitswelt enorm aufgeholt. So liegt der Anteil der Frauen mit Tertiärabschluss (19,9%) heute über jenem der Männer (16,3%).

Damit die Potenziale und Kompetenzen von Frauen in der Arbeitswelt noch stärker eingebracht werden können, braucht es ein Bündel an Maßnahmen. Dazu gehört der flächendeckende Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine Erweiterung des Ausbildungs- und Berufswahlspektrums bei Mädchen.

[Zur Analyse](#)

Digitalisierungsschub durch Corona-Pandemie

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hat infolge der Covid-19 Pandemie einen zusätzlichen und dauerhaften Schub erlebt. Doch bei der Digitalisierung geben andere Länder außerhalb Europas das Tempo vor. So gehören China, Hongkong und Taiwan zu den größten Exporteuren von IKT-Gütern. Die USA liegen an 4. Stelle, Deutschland als "bestes" europäisches Land an 9. Stelle.

Um die Chancen, die die Covid-19 Pandemie für Innovation in Unternehmen und für die Reorganisation von Wertschöpfungsketten bringt, nutzen zu können, müssen die notwendigen wirtschaftlichen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

[Zur Analyse](#)

China wird wichtigster Handelspartner der EU

Im Jahr 2020 ist der Wert des internationalen Handels um ca. 8% gesunken. Dabei ist China eines der wenigen Länder, die schon im 3. Quartal 2020 wieder ein Exportwachstum verzeichnen konnten. Insgesamt hat China 2020 seine Rolle als Exportweltmeister gefestigt und hat die USA erstmals als wichtigster Handelspartner der EU abgelöst.

China ist für die EU und Österreich ein wichtiger Handelspartner. Wesentlich ist es, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und gleichzeitig Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.

[Zur Analyse](#)

Infektionen hauptsächlich in Haushalt & Freizeit

Mit den Lockerungen der Covid-19-Beschränkungen ab 8. Februar 2021 ist auch der so genannte "Stringency Index" für Österreich von 78,7 auf 74,1 gesunken. Damit liegt Österreich in Hinblick auf die Strenge der Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie EU-weit an 7. Stelle.

Ein Vergleich des Stringency Index mit der BIP-Entwicklung zeigt, dass Eindämmungsmaßnahmen negative Wertschöpfungseffekte haben. Gleichzeitig zeigen Statistiken, dass der Großteil der Covid-19 Infektionen nicht in der Wirtschaft passieren. Deshalb werden die Öffnungsschritte seit 8. Februar begrüßt. Zusätzlich notwendig ist eine klare Perspektive für jene Branchen, die noch keine Erleichterungen erreichen konnten. Mit Präventionskonzepten, Testungen und Impfungen muss eine dauerhafte Öffnung möglich sein.

[Zur Analyse](#)

Pandemie trifft Österreichs Wirtschaft am stärksten

Im 4. Quartal 2020 ist das BIP im Euroraum um 0,7% gegenüber dem Vorquartal gesunken. EU-weit verzeichnete Österreich mit -4,3% den stärksten Rückgang, gefolgt von Italien, während Litauen das höchste Wachstum erreichen konnte.

Damit die aktuelle Prognose (WIFO) von 2,5% Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 hält, ist es wesentlich, dass es zu keinem weiteren Lockdown kommt. Bei einem 4. Lockdown wäre für das Gesamtjahr 2021 nicht mehr mit einem positiven Wirtschaftswachstum zu rechnen. Die aktuellen Öffnungsschritte sind ein wichtiges Signal für Betriebe und Arbeitsplätze. Damit wurde die richtige Balance zwischen gesundheitlichen Notwendigkeiten und wirtschaftlicher Vernunft gewählt.

[Zur Analyse](#)

Warnungen vor globaler Kräfteverschiebung

Der IWF hat seine Prognose für das globale Wirtschaftswachstum 2021 von 5,2% auf 5,5% erhöht. Die wirtschaftliche Erholung verläuft aber sehr unterschiedlich. Während China 2021 um 8,1% wachsen wird, wurde die Prognose für die Eurozone auf 4,2% gesenkt.

Die Pandemie könnte die Kräfteverhältnisse neu ordnen. Deshalb haben zuletzt Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Chef der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, vor einer weltweiten wirtschaftlichen Kräfteverschiebung gewarnt. Für Europa muss der Fokus jetzt darauf liegen, seine strategische Eigenständigkeit in der Welt zu stärken. Das bedeutet: Die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Kontinentes auszubauen und unsere Innovationspotenziale zu entfesseln, damit Europa nicht in zunehmende Abhängigkeit von den USA und Asien gerät.

[Zur Analyse](#)

Corona-Pandemie erhöht Unsicherheit & Risiken

Die Covid-19-Pandemie hat in der globalen Wirtschaftswelt einen enormen Unsicherheitschock ausgelöst, der gravierender war als durch frühere Epidemien oder durch die Finanzkrise 2009. Ein hoher Grad an Unsicherheit an den Märkten und in Unternehmen zieht negative ökonomische Effekte nach sich. Denn Unsicherheit führt tendenziell zu einem Abwarten und Zurückhaltung bei Investitionen und Konsum sowie stringenteren Bedingungen am Finanzmarkt.

In Zeiten erhöhter Unsicherheit ist die Stärkung der strategischen Weitsicht wichtiger denn je. Wir müssen alles daran setzen, unseren Wirtschaftsstandort resilient zu halten. Entscheidend dafür sind Planungssicherheit und klare Perspektiven, die Unterstützung von Wachstumstreibern sowie geeignete Maßnahmen, um für die Zeit nach der akuten Coronapandemie zielgerichtet und nachhaltig den Strukturwandel zu begleiten.

Covid-19: Impfung ebnet Weg zurück zur Normalität

Nach der Zulassung von mehreren Covid-19 Impfstoffen ist die größte Impfkampagne der Geschichte angelaufen. Bisher wurden weltweit rund 46,2 Millionen Impfstoffdosen gegen das Coronavirus verabreicht. Dabei zeigt sich eine unterschiedliche Effizienz der nationalen Impfstrategien. Am schnellsten verläuft die Impfkampagne in Israel, wo bisher durchschnittlich 29,8 Impfungen je 100 Einwohner verabreicht wurden. In Europa legt Großbritannien das höchste Tempo vor, Österreich hinkt mit 1,6 Impfungen auf 100 Einwohner hinterher.

Aus Sicht der Wirtschaft ebnen Impfungen den Weg zurück zur Normalität. Unternehmerische und gesellschaftliche Freiheit im Einklang mit den gesundheitspolitischen Notwendigkeiten gibt es ab einer Durchimpfungsrate von etwa 60 bis 70 %. Bis dieses Ziel erreicht ist, sind regelmäßige Tests sowie Hygiene- und Abstandsregeln der richtige Ansatz, damit Betriebe wieder öffnen können.

Afrikanische Freihandelszone gestartet

Am 1.1.2021 trat das Abkommen über die afrikanische, kontinentalübergreifende Freihandelszone (AfCFTA) in Kraft. Durch dieses neue Abkommen sollen Zölle und bürokratische Handelshemmnisse zwischen den 54 teilnehmenden afrikanischen Staaten abgeschafft werden und damit die nach Ländern weltgrößte Freihandelszone mit einem Markt von 1,2 Milliarden Menschen entstehen.

Die österreichische Wirtschaft steht der Schaffung der nach Ländern größten Freihandelszone der Welt positiv gegenüber. Sie erleichtert langfristig Investitionen und den Handel österreichischer Unternehmen mit den über 50 afrikanischen Ländern und eröffnet neue Chancen. Afrikas Märkte sind die Wachstumsmärkte der Zukunft. Österreich und Europa müssen die Gelegenheit jetzt nutzen, ihre Handelsbeziehungen mit der afrikanischen Freihandelszone zu vertiefen, bestenfalls mit einem EU-Handelsabkommen.

Verschuldung steigt sprunghaft

Der Fiskalrat prognostiziert, dass die Corona-Pandemie Österreich mind. 60,8 Mrd. € für die Jahre 2020 und 2021 kosten wird. Dadurch erhöht sich die staatliche Verschuldung sprunghaft: Sie wird heuer auf 317,5 Mrd. € (84,8 % des BIP) ansteigen und sich 2021 auf 339,8 Mrd. € (87,1 % des BIP) weiter erhöhen. Das Budgetdefizit wird heuer 10,1 % betragen, und auch 2021 mit 6,4 % deutlich höher liegen als in den Jahren der Finanzkrise von 2009.

In der aktuellen Lage muss alles daran gesetzt werden, die negativen Konsequenzen der Covid-19 Krise abzufedern und Unternehmen ihr Überleben zu sichern. Nach Ende der Krise muss jedoch eine konsequente Rückkehr zu einer nachhaltigen Budgetpolitik wieder in den Fokus rücken.

Sozialausgaben stark gestiegen

Die Sozialausgaben beliefen sich 2019 auf rund 117 Mrd. Euro. Das bedeutet eine Steigerung um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr und um ein Drittel gegenüber 2010. Dementsprechend liegt der Anteil der Sozialausgaben am BIP (Sozialquote) bei 29,3 %. Damit zählt Österreich zu den EU-Staaten mit den höchsten Sozialausgaben (Rang 5).

Der größte Brocken entfällt dabei mit 45 % auf Alterssozialleistungen. Unbestritten ist: Der Sozialstaat in Österreich trägt zum sozialen Frieden bei und ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Kehrseite der Medaille sind die Kosten. Der Finanzierungsbedarf für Sozialleistungen steigt laufend, und zwar nicht nur für die öffentliche Hand, sondern auch für Unternehmen, die durch immer höhere Abgaben belastet werden. Ohne strukturelle Reformen besteht die Gefahr, dass der Sozialstaat – mit all seinen Vorzügen – unverhältnismäßig hohe Mittel erfordert und damit notwendige Zukunftsinvestitionen beeinträchtigt werden.

Der Welthandel erholt sich

Der Welthandel hat sich vom Einbruch im Frühjahr erholt. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index ist im Oktober zum 6. Mal in Folge kräftig gestiegen. China bleibt die Lokomotive des Welthandels, aber auch in anderen Regionen liegt der Warenumsatz wieder über dem Vorkrisenniveau.

Dies lässt erwarten, dass die Industrie trotz der in vielen Ländern wieder deutlich höheren Infektionszahlen ihre Erholung fortsetzen wird. Dies dürfte zwar in vielen Ländern nicht ausreichen, um einen Rückgang des BIP im 4. Quartal zu verhindern. Dieser wird aber nicht so stark ausfallen wie im Frühjahr. Österreichs Exporte sind aktuell hingegen wieder gesunken. Aufgrund der enorm wichtigen Rolle von Exporten für die Österreichische Wirtschaft ist es wesentlich, dass Österreich protektionistischen Entwicklungen entgegentritt und rasch wieder zu seiner alten Exportstärke zurückkehrt.

[Zur Analyse](#)

Asien setzt Westen mit RCEP unter Druck

Das neue Handelsabkommen RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) verschiebt den Schwerpunkt der Weltwirtschaft weiter nach Osten. Es umfasst Länder mit über 30% der globalen Wirtschaftsleistung, 30% der Weltbevölkerung und 28% des Welthandels. Es wird sich in der Wirtschaftsleistung der beteiligten Länder spürbar niederschlagen. China wird durch RCEP seinen Einfluss in der Region weiter ausbauen können.

Das Abkommen setzt Europa unter Druck. Wichtig ist jetzt, dass die EU ihr Engagement in Asien weiter verstärkt und ihre laufenden Verhandlungen über Handelsabkommen mit den RCEP-Partnern rasch abschließt. Wenn das nicht gelingt, droht Europa aus diesen wichtigen Märkten gedrängt zu werden. Darüber hinaus müssen die Verhandlungen mit den USA wieder aufgenommen werden.

[Zur Analyse](#)

Brexit bremst österreichische Exporte

Die Sorge vor einem unregelmäßigem Brexit, ohne Abkommen über die zukünftigen Beziehungen der EU mit dem Vereinigten Königreich ab 1.1.2021 wächst. Ein harter Brexit würde den Handel zwischen der EU und Großbritannien spürbar beeinträchtigen und die Wirtschaftsleistung senken. Die Unsicherheiten rund um den Brexit haben Österreichs Exporte in wichtigen Bereichen bereits gebremst, wenn auch insgesamt Exportsteigerungen zu verzeichnen waren.

Der Austritt Großbritanniens wird sich gesamtwirtschaftlich negativ auswirken. Die WKÖ begrüßt den Ansatz einer ambitionierten, weitreichenden und ausgewogenen Wirtschaftspartnerschaft. Hauptanliegen der Wirtschaft ist die Wiederherstellung von Rechtssicherheit und Planbarkeit in den Geschäftsbeziehungen.

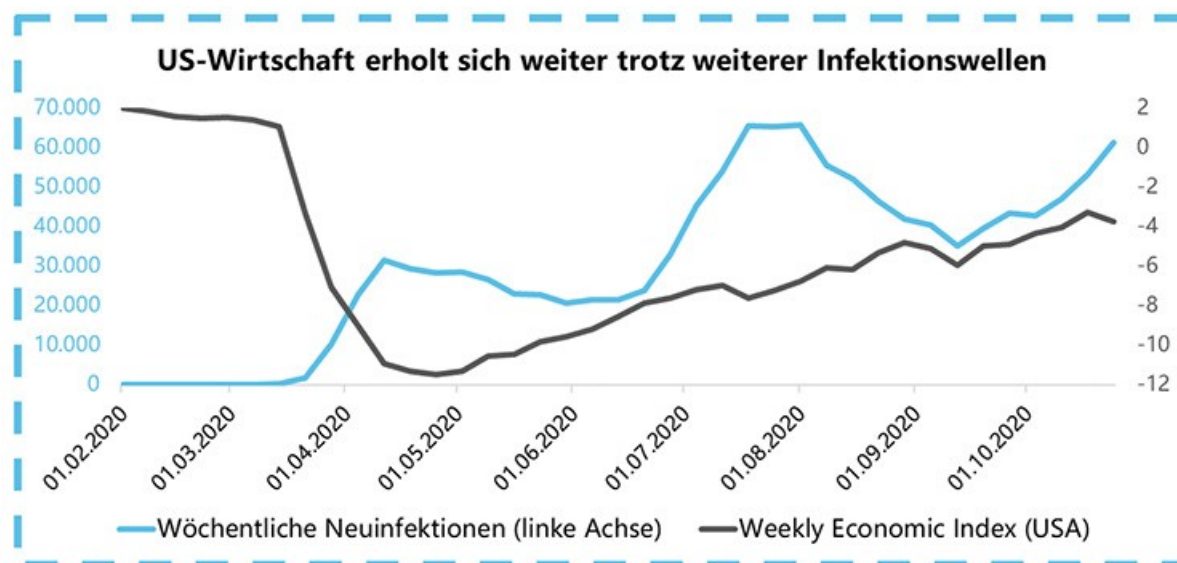
[Zur Analyse](#)

In Österreich boten 2019 nur 20 % aller Unternehmen (über 10 Mitarbeiter) Web-Verkäufe an. Dieser Anteil hat sich zwar seit 2011 um 9 Prozentpunkte erhöht und liegt über den EU-Durchschnitt von 16 %, doch noch weit hinter dem europäischen Spitzenreiter Irland (32 %). E-Commerce wird gerade durch die Corona-Krise immer wichtiger. Wesentlich für österreichische Unternehmen ist deshalb der Ausbau digitaler Geschäftsmodelle wie Webshops sowie der Einsatz digitaler Technologien.

Wirtschaftsmotor am Laufen halten

In Österreich, wie auch in ganz Europa und den USA breitet sich das Corona-Virus weiter aus. Wir bekennen uns ganz klar zur Notwendigkeit, die Ausbreitung des Corona-Virus einzudämmen, jedoch muss eine richtige Balance aus gesundheitlicher Verantwortung und wirtschaftlicher Vernunft gefunden werden.

Die Erfahrung der USA zeigt, dass eine 2. Corona-Welle nicht unbedingt eine zweite schwere Rezession bedeuten muss. In den USA hat sich die Wirtschaft während der zweiten Infektionswelle im Juli und August weiter erholt. Auch während der nun laufenden dritten Welle ist der US-Wirtschaftsaktivitätsindex weiter gestiegen.



© WKÖ/WHP

Die in Österreich von der Bundesregierung gesetzten Maßnahmen sind für die österreichische Wirtschaft sehr schmerzhaft und stellen die Betriebe vor enorme Herausforderungen. Wesentlich ist nun eine rasche und unbürokratische Entschädigung der vom zweiten Lockdown betroffenen Betriebe. Wir müssen jetzt alles daran setzen, dass der Wirtschaftsmotor am Laufen gehalten werden kann.

Zur Analyse

Laut aktuellem "Global Trade Update" der UNCTAD bricht der Welthandel 2020 zwischen 7 % und 9 % ein. Dabei sind unterschiedliche Sektoren unterschiedlich stark betroffen: Während der Handel mit Textilien, Büroartikel und Kommunikationseinrichtungen zugenommen hat, ist er im Automobil- und Energiesektor sehr stark gesunken.

Exporte spielen für die österreichische Wirtschaft eine enorm wichtige Rolle. Über 50 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung werden im Ausland verdient. Doch derzeit leidet die österreichische Volkswirtschaft unter der Corona-Krise. Das WIFO rechnet mit einem Exportrückgang 2020 von 12,4 %, 2021 sollen die Exporte um 6,1 % steigen. Wesentlich ist, dass Österreich rasch wieder zu seiner alten Exportstärke zurückkehrt.

Seit Ausbruch von Covid-19 haben alle europäischen Länder fiskalische Maßnahmen ergriffen, um die negativen Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft zu begrenzen. Die 25 Länder, die im Europäischen Fiskalmonitor (EFM) behandelt werden, haben etwa 1 Billion Euro für diskretionäre fiskalische Stimuli (wie z.B. Budgetausgaben und Steuersenkungen) zugesagt und fast 2 Billionen Euro für Liquiditätsmaßnahmen (wie Garantien für Darlehen) bereitgestellt.

Österreich leistet anders als im EU-Durchschnitt weit mehr (budgetwirksame) diskretionäre fiskalische Maßnahmen (11,5% des BIP) und weniger Liquiditätsmaßnahmen (3,1% des BIP). Konjunkturstützenden Maßnahmen sind sinnvoll, sollten aber auf die Dauer der Krise befristet sein. Die Regierungen sollten sich dazu verpflichten, die Maßnahmen abzubauen und einzustellen, sobald ein tragfähiger Aufschwung eingesetzt hat. Damit soll die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sichergestellt werden.

Digitalisierungsschub durch Corona-Pandemie

In den ersten Monaten der Corona-Krise (Februar bis April 2020) ist die Anzahl der Downloads von Zoom für die Verwendung von Onlinemeetings im Home-Office um über 1400% auf fast 36 Millionen gestiegen. Ab Mai sind die Downloads zwar wieder gesunken, liegen derzeit mit 13,7 Mil. aber immer noch weit über dem Vorkrisen-Niveau.

Infolge der Pandemie hat die Digitalisierung der Volkswirtschaften einen zusätzlichen und dauerhaften Schub erlebt. Unternehmen und Arbeitnehmer mussten sich in kürzester Zeit auf neue Arbeitsweisen und -prozesse einstellen. In Zeiten von Corona wurde Home-Office, Onlinemeetings, Online-Absatzkanäle oder Schulunterricht über das Internet notgedrungen zur neuen Normalität.


Insgesamt bringt die Krise Chancen für Innovation in Unternehmen und für die Reorganisation von Wertschöpfungsketten. Dafür sind aber auch veränderte Rahmenbedingungen notwendig. Denn mit den von der Corona-Pandemie ausgelösten Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft werden auch mittel- bis langfristig Strukturänderungen einhergehen. Unser Leben wird sich anders gestalten, Gesellschaft und Wirtschaft werden nach der Bewältigung dieser Krise nicht mehr dieselben sein wie zuvor.

Digitalranking

Im IMD Digital Competitiveness Ranking 2020 liegt Österreich auf dem 17. Platz und hat sich damit gegenüber 2015 um 9 Plätze verbessert. Stark verbessert haben sich China und Korea, während sich Deutschland verschlechtert hat.

In einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage mit Schwerpunkt KMU geben rund 60 % der österreichischen KMU an, dass regulatorische Hürden das größte Problem darstellen. Überbordende Bürokratie und ausufernde Regulierung sind heute nach wie vor ein wesentliches Problem und eine große Herausforderung für die heimischen Betriebe, die kumulierend zur Krisenbewältigung hinzukommt. Jeder Euro der weniger für überbordende Bürokratie ausgegeben wird, erhöht das BIP um 1,62 Euro. Weniger Bürokratie und dadurch weniger Regulierungskosten entlasten Betriebe und ermöglichen es ihnen, Mittel für Innovation, Expansion und neue Arbeitsplätze einzusetzen.

Das könnte Sie auch interessieren



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 37/2022

Ausgabe 18. November 2022 > mehr



Vor dem Durchbruch? Automatisiertes Fahren: Realität und Potenzial

2.12.2022: Rückblick auf die Veranstaltung in der WKÖ [➤ mehr](#)



eFuels könnten den entscheidenden Beitrag zur raschen Dekarbonisierung des Verkehrs und zur Energiesicherheit leisten

Ohne den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen kann Österreich sein Klimaziel nicht erreichen

[➤ mehr](#)